

**Nushasi 5 Kruşur**

**ABONE**  
(Posta ücreti dahil olmak üzere)

**DAHİL İÇİN HARİÇ İÇİN**

Aylık	Türk Lirası 1.50	R. M. 8.-
Çeyrek	4.25	13.-
Altı aylık	8.-	25.-
Bir senelik	15.-	50.-

Yıllık mükabül.  
Haftada 6 defa çıkar.

İdarehane  
Teknik Cadde No. 585 ve 587.  
Telegraf adresi: Türkiye Postası.  
Telefon: 44.606.  
Posta Kutusu: İstanbul 1209.

# Türkiye Gazetesi

Preis der Einzelnummer: 5 Kruşur

**BEZUGSPREISE**

	Inland	Ausland
Nr. 1 Monat T. Pfd.	1.50 R.M.	8.-
" 3 Monate "	4.25 "	13.-
" 6 Monate "	8.- "	25.-
" 12 Monate "	15.- "	50.-

oder Gegenwert

Erscheint wöchentlich 6 mal.

Geschäftsleitung:  
Teknik-Cadde No. 585-587.  
Druckanstalt: Türkiye Postası.  
Fernsprecher: 44.606.  
Postfach: İstanbul 1209.

8. Jahrgang Nr 31 **Tageszeitung für den Nahen Osten** **İstanbul, Dienstag 7. Februar. 1933**

## Die gesamte Regierungsgewalt in Preussen auf den Reichskommissar übertragen.

Berlin, 6. Februar.

Der Reichspräsident hat heute eine Verordnung erlassen, die die gesamte Regierungsgewalt in Preussen auf den Reichskommissar überträgt. Die Verordnung wurde durch den Rundfunk veröffentlicht und hat durch Wirksamkeit erlangt.

Die Verordnung, die sich auf den Art. 48 Abs. 1 der Reichsverfassung stützt, bestimmt, daß zur Ordnung der Verhältnisse in Preussen dem Reichskommissar für Preussen und seinen Beauftragten bis auf weiteres alle jene Befugnisse übertragen werden, die durch das seinerzeitige Urteil des Staatsgerichtshofes dem Preussischen Staatsministerium und seinen Mitgliedern zugesprochen wurden.

Der Verordnung ist eine ausführliche Begründung beigegeben.

Es heißt darin, die Führung des Staates mit geteilter Staatsgewalt habe sich in Preussen für längere Dauer als undurchführbar erwiesen. Es habe sich in der Praxis gezeigt, daß ein Land nicht zwei Regierungen haben, ein Beamter

nicht zwei Herren dienen könne.

Auch die heute mehr denn je notwendige Sparsamkeit bei der Verwendung öffentlicher Mittel lasse die Aufrechterhaltung zweier Regierungen nicht mehr zu.

Zum Schluß heißt es in der Begründung: Für sich allein betrachtet, biete die Tatsache, daß in einem Lande nur eine geschäftsführende Regierung sich befindet, nach Art. 48, Abs. 1 der Reichsverfassung keinen Anlass, gegen dieses Land einzuschreiten. Vielmehr müsse es grundsätzlich den Ländern überlassen bleiben, ihre Regierungsverhältnisse nach eigenem Ermessen zu gestalten.

Wenn aber, wie in Preussen, Zustände bestehen, die eine geordnete Staatsführung unmöglich machen und damit das Staatswohl aufs schwerste gefährden, so werde die Beseitigung dieses Zustandes zur Pflicht jedes Beteiligten. Diese Pflicht bestehe nicht nur dem Lande, sondern auch dem Reich gegenüber.

Das Ministerium Braun nimmt in einer längeren Mitteilung zu dieser Verordnung des Reichspräsidenten Stellung und kündigt an, daß es in dieser Angelegenheit unverzüglich den Staatsgerichtshof anrufen werde.

## Der Staatspräsident in Stambul. Aufklärung des Zwischenfalls in Brussa — Untersuchung gegen die Schuldigen.

Der Staatspräsident traf in der Nacht auf heute in Begleitung der Innen- und Justizminister und des Oberkommandierenden der Gendarmerie und einiger Abgeordneter an Bord des Dampfers „Gülschehane“ aus Brussa in Stambul ein und nahm im Palast Dolma Bagtsche Wohnung.

Brussa, 6. Februar (A.A.)

Der Staatspräsident, der auf die Nachricht von dem durch einige Reaktionen wegen der Abhaltung des Gebetsrufes und des Innenrufes in türkischer Sprache am 1. Februar verursachten Zwischenfall nach Brussa gekommen war, beschäftigte sich seither mit dieser Frage.

Auch der Justiz- und Innenminister, die heute ebenfalls in Brussa eingetroffen sind und sich im Auftrage der Regierung mit der Prüfung des Zwischenfalls beschäftigten, haben am Nachmittag Besprechungen geführt.

Vor der Abreise aus Brussa gab der Gasi dem Vertreter der Anatolischen Nachrichtenagentur folgende Erklärung ab:

„Ich bin nach Brussa gekommen und habe mich von Beteiligten über den Zwischenfall erkundigt. Ich bin davon überzeugt, daß es sich nicht um einen großen Zwischenfall handelt, sondern um einen unglücklichen Zwischenfall, der durch die Ungebildetheit der Beteiligten verursacht wurde. Auf alle Fälle werden die ungebildeten Reaktionen dem Zugriff der republikanischen Justiz nicht entgehen.“

Ebenso wenig habe die Regierung die Absicht, sich in Fragen der privaten Schulden einzumischen.

**Keine „Wirtschafts-Experimente“ der Reichsregierung.**

Berlin, 6. Februar (A.A.)

Hugenberg trat in einer Rede den Gerüchten scharf entgegen, wonach die Reichsregierung, auf wirtschaftspolitischen Gebieten gefährliche Experimente plane.

„Ebenso wenig habe die Regierung die Absicht, sich in Fragen der privaten Schulden einzumischen.“

**Reichskommissar für Luftfahrt**

Berlin, 6. Februar.

Ueber die Einsetzung eines Reichskommissars für Luftfahrt wird heute eine Verordnung im Reichsgesetzblatt veröffentlicht.

Die Verordnung bestimmt die Ernennung eines Reichskommissars zur Luftfahrt, der der Reichsregierung untersteht, seinen Sitz in Berlin hat und oberste Reichsbehörde ist.

Mit diesem Amte ist bekanntlich Reichminister Goering betraut worden.

nes Dienstes mit sofortiger Wirkung seines Amtes enthoben.

Die Untersuchung des Zwischenfalles vom 1. Februar liegt nunmehr in den Händen des Generaldirektors des Sicherheitswesens, Tewfik Hadi Bey, der heute aus Ankara hier eingetroffen ist. Man rechnet damit, daß die Untersuchungen binnen einer Woche abgeschlossen sein werden.

Immerhin kann schon heute als geklärt betrachtet werden, daß der Zwischenfall vom 1. Februar nicht von langer Hand vorbereitet ist und an sich als bedeutungslos angesehen werden muß.

Gegenwärtig befinden sich rund 15 Personen in Untersuchungshaft, die zum größten Teil ungebildete, ja sogar des Lesens und Schreibens unkundige Leute sind.

Wie ein Abendblatt gestern zu melden wußte, soll erwogen werden, die Rädelführer durch ein Kriegsgericht aburteilen zu lassen, das zu diesem Zwecke gebildet werden müßte.

Eine Bestätigung dieser Meldung liegt bis zur Stunde nicht vor.

Auch die Nachricht von einem Zwischenfall, der sich anläßlich der Abhaltung des Gebetsrufes in türkischer Sprache in Izmir ereignet haben soll, trifft nicht zu.

Diese Nachricht wird wahrscheinlich darauf zurückzuführen sein, daß ein Mann namens Hüsnü, der von einer Moschee dem auf Türkisch gehaltenen Gebetsruf zuhörte, plötzlich anfang, von der Straße zum Rufer auf dem Minarett hinauf den Gebetsruf in arabischer Fassung entgegenzurufen.

Er wurde in Gewahrsam genommen, weil man Zweifel hegt, ob er nicht geisteskrank ist.

Die Gerüchte über Verhaftungen in unserer Stadt in Verbindung mit dem Zwischenfall von Brussa wird von den unterrichteten Stellen als völlig frei erfunden bezeichnet. Jedoch werden von den zuständigen Stellen die Untersuchungen in Brussa aufmerksam verfolgt und Vorkehrungen für alle Möglichkeiten getroffen.

Brussa, 6. Februar (A.A.)

Innenminister Şükrü Kaya Bey und Justizminister Jusuf Kemal Bey sind heute um 13.30 Uhr über Biletschik nach Brussa gekommen und begaben sich unmittelbar in den Gazi-Konak, wo sie vom Staatspräsidenten empfangen wurden.

Brussa, 6. Februar (A.A.)

Der Staatspräsident ist über Mudania nach Stambul abgereist.

In Begleitung des Staatspräsidenten befinden sich der Justizminister sowie der Innenminister.

Brussa, 6. Februar (Tel.)

Der Staatsanwalt von Brussa, Sakip Bey wurde wegen Vernachlässigung seines Amtes entlassen.

## Die wehrpolitische Lage Europas.

Von General Groener Reichswehrminister a. D.

Bei der Vorbereitung des Gewaltfriedens von Versailles waren die Auffassungen der „alliierten und assoziierten“ Mächte, wie sie sich mit feiner Unterscheidung nannten, in militärischer Absicht durchaus nicht einhellig. Man muß die kleine Broschüre von Dr. Wilhelm Ziegler „Der Abrüstungsbetrug in Versailles“ — Historisch-Politischer Verlag Rudolf Hofstetter Leipzig — lesen, um das Ränkespiel kennen zu lernen, das Lloyd George und Clemenceau getrieben haben, um Wilson, den idealistischen, professoralen Staatsmann mazzuzusetzen. Dabei waren beide durchaus nicht durch moralische oder sachliche Grundsätze beschränkt. Die Kommissionsberichte über die Abrüstung geben ein Spiegelbild der Gewissenlosigkeit, mit der die Idee der „universalen und allgemeinen“ Abrüstung, wie sie Wilson erstrebte, in ihr absolutes Gegenteil verkehrt wurde: in die gewaltsame, einseitige Wehrlosmachung Deutschlands und seiner Verbündeten. Die Schuld daran darf man nicht etwa dem Marschall Foch zuschreiben, der noch in seinem Bericht vom 3. März 1919 Deutschland die allgemeine Wehrpflicht und eine Friedensarmee von 200.000 Mann mit schweren Geschützen zubilligen wollte, während von Loucheur 300.000 Mann mit schweren Geschützen und Flugzeugen vorgeschlagen worden waren. Lloyd George war es, der mit demagogischer Energie die Führung an sich riß und gegen das Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht Sturm lief. Welche politischen Gründe ihn dazu bewogen haben mögen, ist nicht klar, denn im englischen Interesse konnte es keineswegs liegen, das militärische Gleichgewicht in Europa zu zerstören. Verständlich wird seine Haltung nur, wenn man an die englische militärische Tradition und in die Abneigung der Engländer gegen eine militärische Zwangspflicht denkt. Aber das vom Meer allseitig geschützte England kann sich im Frieden mit einem Berufsheer abfinden.

Clemenceau ergriff mit Eifer das Angebot von Lloyd George, denn es gab seinen Haß gegen Deutschland freie Bahn. Dieses inmitten hochgerüsteter Staaten zur völligen Wehrlosigkeit zu verurteilen, war sein Ziel. Alle schütternen Versuche von Wilson und seinem Vertreter General Bliss, die Verhandlungen auf die Plattform einer allgemeinen Abrüstung zurückzuführen, scheiterten an Lloyd George, der zuletzt drohte, das Lieblingskind Wilson, den Völkerverbund, abzuwerfen. Die französischen Militärs, zunächst aus Furcht vor einer deutschen Kaderarmee schwankend, verstanden sehr bald, aus dem Vorschlag von Lloyd George Vorteil zu ziehen und gingen mit Eifer daran, die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes radikal auszuräumen. Ebenso erging es den Verbündeten Deutschlands. Nur der Türkei gelang es, dank ihrer günstigen geographischen Abgeschlossenheit im kleinasiatischen Hochland und ihrer Siege in den Freiheitskämpfen, sich diesem Schicksal zu entziehen.

Bis heute ist die wehrpolitische Lage Europas dadurch gekennzeichnet, daß quer durch Mitteleuropa sich ein unverteiltes Gebiet von der Nord- und Ostsee über Oesterreich und Ungarn bis Bulgarien hinzieht. Rechts und links davon befinden sich hochgerüstete Staaten in voller militärischer Bereitschaft und sträuben sich mit allen Mitteln, das moralische und rechtliche Versprechen der allgemeinen Abrüstung einzulösen. Die Verfasser des Versailler Diktats haben sich in einem Punkt freilich schwer getäuscht. Man kann wohl Waffen, Munition, Kriegsgeschütz gewaltsam zerstören; nicht aber die moralischen und geistigen Kräfte eines großen Volkes. Die Unterwerfungsmethoden von Lloyd George und Clemenceau haben mit logischer Selbstverständlichkeit im deutschen Volke die leidenschaftlichste Ent-

## Auflösung des Landtages. Neuwahlen am 5. März.

Berlin, 6. Februar.

Der preussische Landtag ist heute aufgelöst worden.

Die Neuwahlen werden gleichzeitig mit den Wahlen zum Reichstag am 5. März stattfinden.

Berlin, 6. Februar.

Zur Auflösung des Landtages von Preussen die heute nachmittag beschlossene wurde, wird von zuständiger Seite folgendes mitgeteilt:

Auf Veranlassung des Landtagspräsidenten Kerrl trat heute nachmittag im preussischen Landtag der Dreier-Ausschuß zusammen. Es gemäß dem Art. 14 der preussischen Verfassung über die Auflösung des Landtages zu entscheiden.

An der Besprechung nahmen teil Staatsratspräsident Oberbürgermeister Dr. Adenauer,

Landtagspräsident Kerrl und der Reichskommissar für Preussen v. Papen.

Nach längerer Aussprache über die politische Lage wurde unter Stimmenthaltung Dr. Adenauer die Auflösung des preussischen Landtages beschlossen und zwar unter Berufung auf Art. 14 der preussischen Verfassung und mit Wirksamkeit vom 5. März. (?)

Nach dem preussischen Wahlgesetz wird der Landtag für die Dauer von sechs Monaten im Staatsministerium im Einvernehmen mit dem „ständigen Ausschuss“ bestimmt.

**Auflösung des hessischen Landtags abgelehnt.**

Berlin, 6. Februar.

Ein nationalsozialistischer Antrag im hessischen Landtag auf Auflösung dieser Körperschaft wurde heute abgelehnt, da er nicht die nötige Zweidrittel-Mehrheit erlangte.

## Neues Blutvergießen.

Bochum, 6. Febr. (A.A. nach W.T.B.)

Der nationalsozialistische Sturmtruppführer Paßmann wurde von Kommunisten durch fünf Schüsse getötet.

Berlin, 6. Febr. (A.A.)

Um 1/1 Uhr nachts drangen in Schöneberg 15 Mitglieder einer nationalsozialistischen Sturmabteilung in ein Kaffeehaus, das den Kommunisten als Versammlungsort dient.

Die Anwesenden wurden von den Nationalsozialisten mit vorgehaltenem Revolver aufgefordert, die Hände zu erheben.

Die Besitzerin des Kaffeehauses, eine 57-jährige Witwe, die zu fliehen versuchte, wurde durch einen Schuß aus 1 Meter Entfernung niedergestreckt. Sie wurde ins Krankenhaus gebracht, wo sie bald darauf starb.

Die 15 Nationalsozialisten wurden verhaftet, doch war es nicht möglich, den Täter festzustellen.

Diese neue Bluttat rief unter der Arbeiterbevölkerung in Berliner Südstadt starke Erregung hervor.

Oberhausen, 6. Februar.

In der rheinischen Stadt Oberhausen gab es in der letzten Nacht einen Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, sowie Reichsbannerleuten.

Ein Kommunist wurde durch einen Lungenschuß schwer verletzt, zwei Reichsbannerleute erlitten Stich- und Schlagverletzungen.

Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Ulm, 6. Februar.

Bei Zusammenstößen mit politischen Gegnern wurden in Ulm mehrere Kommunisten verletzt.

Gladbach, 6. Februar.

Bei einer Schießerei in Gladbach, bei der auch uniformierte Nationalsozialisten beteiligt waren, wurden 2 Polizisten schwer verletzt. Sie wurden in das Krankenhaus gebracht. Die Täter flüchteten.

Hamburg, 6. Februar.

In Duisburg-Hamborn fand heute das Ergebnis eines vor einigen Tagen bei einem Zusammenstoß getöteten S.A.-Mannes statt.

Der Leichnam wurde auf dem Wege von der Kirche plötzlich beschossen.

In wilder Panik stob die Menge auseinander. Eine Person wurde getötet, acht wurden verletzt.

## Frankreichs „Sicherheits“-Plan. Nadolny betont erneut Deutschlands Forderungen.

Genf, 6. Februar.

In Genf erklärte heute der deutsche Vertreter auf der Abrüstungstagung, Botschafter Nadolny, dem französischen Außenminister Paul-Boncour, daß für Deutschland jedes Abkommen völlig unannehmbar sei, das die gegenwärtigen militärischen Rüstungsverhältnisse auch für später festlegen sollte.

In französischen Kreisen hat man die Absicht, lediglich allgemeine Richtlinien festzulegen, und damit die erste Etappe der Abrüstung bis zum Jahre 1938 abzuschließen.

Die deutschen Gleichberechtigungsforderungen würden dann erst zu diesem Zeitpunkte wieder zur Verhandlung kommen.

Genf, 6. Februar.

Im Hauptausschuß der Abrüstungstagung wurde heute die allgemeine Aussprache den ganzen Tag über fortgesetzt.

Es besteht keinerlei Aussicht mehr auf Verwirklichung des französischen Sicherheitsplanes.

Die Aussprache wird Mittwoch abgeschlossen werden.

Madan, 6. Febr. (A.A.)

Die Besatzung des holländischen Kreuzers „De Zeven Provinciën“ sandte einen Funkspruch aus, in dem es heißt, daß das Schiff Surabaja anlaufen werde und daß keine Absicht bestehe, Gewalttaten zu begehen. Das Schiff werde vom Einlaufen in Surabaja wieder dem Kommandanten übergeben werden.

Die Meuterei habe nur den Zweck gehabt, gegen die Soldkürzung und die Verhaftung von Mannschaften, die gegen die Kürzung protestiert haben, Widerspruch zu erheben.

Soerabaya, 6. Februar.

Der von Meutereern entführte holländische Panzerkreuzer setzt seine Fahrt längs der Westküste von Sumatra fort.

Ihm folgt in einem Abstand von 3 Stunden der holländische Regierungsdampfer „Aldebaran“, an dessen Bord sich der Kommandant des Panzerkreuzers, eingeborenes Militär und auch ei-

## Die Meuterei auf „De Zeven Provinciën“

ne Abteilung europäischer Infanterietruppen befinden.

Amsterdam, 6. Februar.

Die Angelegenheit des Panzerkreuzers „De Zeven Provinciën“ und die weiteren Meutereifälle in der holländischen Marine von Niederländisch-Indien waren heute im holländischen Ministerium für Landesverteidigung Gegenstand einer längeren Aussprache, an der sich der Ministerpräsident, der Kriegsminister und der Kolonialminister beteiligten.

**Attentat in Rumänien.**

Bukarest, 6. Februar.

Der Zug des rumänischen Verkehrsministers wurde heute bei Bukarest von streikenden Arbeitern mit Steinen und Eisenstücken beworfen.

Der Minister hat eine leichte Verletzung erlitten.

## Einschränkung der Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit.

Berlin, 6. Febr. (A.A. nach W.T.B.)

Der Reichspräsident hat heute eine Verordnung erlassen, nach der periodische Druckschriften, gleichgültig ob sie in In- oder Ausland erscheinen, verboten werden können, falls in ihnen zu Unbotmäßigkeiten, Gewalttaten, Generalstreik oder Streik in lebenswichtigen Betrieben aufgefordert wird oder wenn sie Mitteilungen enthalten, die offenkundig falsch sind und den Lebensinteressen des Staates schaden.

Öffentliche, politische Versammlungen und alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel müssen 48 Stunden vorher unter Angabe des Ortes, der Stunde und des Gegenstandes der Reden bei der Polizei angemeldet werden.

Falls Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht, können Versammlungen und Umzüge verboten oder ihre Veranstaltung an gewisse Bedingungen geknüpft werden.

Im Falle, daß Vorschriften nicht befolgt werden oder zu Gewalttaten aufgefordert wird, können Versammlungen und Umzüge aufgelöst werden.

Der Reichsinnenminister kann für das ganze Reichsgebiet oder einzelne Teile den politischen Parteien Versammlungen unter freiem Himmel, Umzüge und das Tragen von Uniformen verbieten.

Jede öffentliche Aufforderung zu Gewalttaten wird mit Gefängnis von mindestens einem Monat bestraft.

Im Falle einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit können Räume, in denen aus politischen Gründen Gewalttaten begangen wurden oder die Gefahr von Gewalttaten besteht, oder in denen verbottene Druckschriften hergestellt werden, polizeilich geschlossen werden.

## Hitlers Aufruf an das deutsche Volk.

Berlin, 6. Febr. (A.A.)

Der Aufruf an das deutsche Volk, den Reichskanzler Hitler am vergangenen Mittwoch durch den Rundfunk sprach, wird im Laufe der nächsten Woche in allen deutschen Gemeinden durch öffentlichen Anschlag bekannt gemacht werden.

**Goebbels wird Parteileiter?**

Berlin, 6. Febr. (A.A.)

Nach dem „Politischen Pressedienst“ soll Hitler die Absicht haben, dem Berliner Abgeordneten Dr. Joseph Goebbels vorläufig die Leitung der nationalsozialistischen Partei zu übertragen.

## Forderungen der Wirtschaftspartei.

Berlin, 6. Februar.

Der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei beschloß in seiner heutigen Tagung, von der Regierung sofortige Maßnahmen für den Mittelstand, als der am schwersten bedrückten Volksschicht zu verlangen.

Beschlossen wurde ferner bei den kommenden Reichstagswahlen und den Gemeindevahlen selbständig vorzugehen, ebenso bei möglichen Wahlen zum preussischen Landtag.

## Wahlreden.

Berlin, 6. Febr. (A.A.)

In einer nationalen Versammlung in Berlin erklärte v. Winterfeld, der Stellvertreter Hugenbergs in der Leitung der deutschnationalen Partei, daß aus den kommenden Wahlen kein besserer Reichstag hervorgehen werde als bisher.

Weiter forderte der Redner die Reichsregierung auf, Freußens endgültig der sozialistischen Herrschaft zu entreißen.

Düsterberg, der der Leitung des „Stahlhelm“ angehört, erklärte in einer Stahlhelmversammlung, man müsse der Welt zeigen, daß Deutschland sich nicht daran hindern lassen werde, ein Heer, eine Marine und eine Luftflotte zu unterhalten.